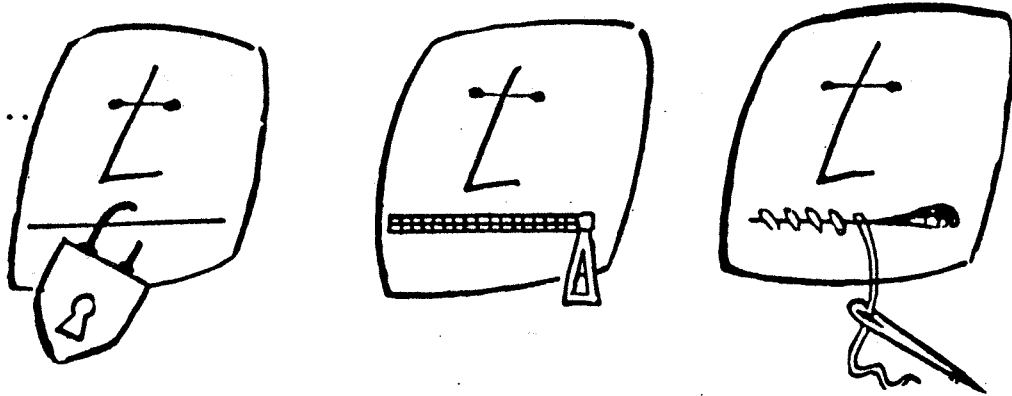




monatlichesblatt • bulletin mensuel • monthly bulletin

63

6 JAHR • PREIS: 3DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKIE - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN DEUTSCH: (0211) 325 759
• AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 • V.i.s.d.p: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1



WIEDERHERSTELLUNG VON BÜRGERLICHER ORDNUNG

ABER WAS FÜR EINE ORDNUNG

Die 16 Monate alte Militärregierung in der Türkei hat Ende 1981 für die „Wiederherstellung von bürgerlicher Ordnung“ einen Zeitplan angekündigt. Der Chef der Militärjunta, General Evren, sagte, daß für den Fall, daß die neue „Verfassung“, an der gegenwärtig in einer „Beratenden Versammlung“ gearbeitet wird, bis zum Ende des nächsten Jahres fertig wird, im November ein Referendum durchgeführt und daß für den Herbst 1983 Wahlen vorbereitet werden können. Falls jedoch der Entwurf der Verfassung einen längeren Zeitraum als erwartet in Anspruch nehmen sollte, könnte man die allgemeinen Wahlen erst im Frühjahr 1984 abhalten.

Er wies ebenfalls darauf hin, daß die Abwicklung des Zeitplans ebenso wie auch die Geschwindigkeit, mit der der Verfassungsentwurf voranschreite, abhängig sei von internationalen Entwicklungen.

Diese Ankündigung wurde unmittelbar vor dem Besuch einer Delegation des Europarates gemacht, die damit beauftragt ist, einen detaillierten Bericht vorzubereiten als Grundlage für eine Entscheidungsfindung in dieser europäischen Institution bezüglich des Schicksals der Türkei.

Der Europarat, der die einstmalige Athener Junta dazu zwang, Griechenlands Mitgliedschaft zurückzuziehen, zieht einen Ausschluß der Türkei in Erwägung. Die Regierungen von Dänemark und Norwegen haben kürzlich ihre Finanzhilfe für die Türkei eingefroren, und die EG hat den Beschluß über ein Hilfspaket im Wert von umgerechnet 600 Mill. US-Dollar aufgehoben.

Die Feststellung General Evrens zum neuen Jahr, die auf eine Zerstreung der Anti-Junta-Stimmung in Westeuropa zielte, kam zur gleichen Zeit in die Verlagsanstalten der europäischen Presse wie auch eine Presse-Konferenz, die von zwei europäischen Rechtsanwälten angesetzt worden war, die gerade zurückgekehrt waren aus Istanbul, wo 52 Gewerkschafter unter Androhung von Todesurteilen verhört werden. Dieses bedeutete für die türkischen Militärs ein unglückliches zeitliches Zusammentreffen, bestätigten doch die Eindrücke des belgischen Rechtsanwalts Francois van Droogenbroeck und des französischen Rechtsanwalts Frederic Weyl, die beide dem Verhör der DISK-Führer beigewohnt hatten, andere Berichte über die Verletzung von Menschenrechten in der Türkei.

Einer der ausländischen Beobachter, der internationale Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Pierre Schori, der in der letzten Novemberwoche eine Parteidelegation anführte, stellte in einer amerikanischen Zeitung folgende Ansicht über die türkische Junta dar:

„DIE TÜRKISCHEN GENERÄLE SEHEN NICHT WIE DEMOKRATEN AUS“

„Heute, 15 Monate nach dem Coup, wird in der Türkei nicht Demokratie gefestigt, sondern nur Diktatur und willkürliches Militärrecht, das alle Macht in den Händen des Nationalen Sicherheitsrat beläßt. Darüber hinaus können wir die Grundlagen einer kommenden totalitären Gesellschaft erkennen, in der das Militär sich formaliter durchaus in die Kasernen zurückziehen mag, jedoch de facto die Macht behält durch eine Anzahl von Institutionen und Körperschaften, die von ihm kontrolliert werden. Auf diese Weise ist bereits die Autonomie der Universitäten unterhöhlt worden; ein staatlicher Aufsichtsrat ist geschaffen worden mit tiefgreifenden Machtbefugnissen, um das Funktionieren aller staatlichen Institutionen und Organisationen zu überwachen; eine unterdrückende Arbeitsgesetzgebung ist gerade im Entstehen; Kontrolle der Militärs über die Bereiche Bildung und Rechtsprechung ist angeordnet; Parteien und unabhängige Gewerkschaften sind abgeschafft, und die Presse ist reglementiert worden.

Die aus einzeln ausgesuchten Mitgliedern bestehende Konstituierende Versammlung hat keine Macht. „Der Terrorismus der Straße ist wohl gestoppt, das ist wahr, aber er ist ersetzt worden durch staatlichen Terror“, wurde mir kürzlich in der Türkei gesagt. Die Hauptidee hin-

ter der türkischen Anlehnung an Europa war es gewesen, die eigene Gesellschaft durch westeuropäische Einflüsse zu modernisieren. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Türkei nun Europa beeinflusst durch die Einführung von Methoden, die die Generäle aus Lateinamerika entlehnt haben. Systematische Folter gerät außer Kontrolle gegen politische und gewerkschaftliche Dissidenten.

Die Menschen in der Türkei wollen nicht wie eine Nation 2. Klasse behandelt werden. Sie möchten, daß dieselben demokratischen Maßstäbe, die für Westeuropäer und Amerikaner gelten, auch auf sie angewendet werden können. Sie wünschen, daß diejenigen, die darauf bestehen, die Junta aus strategischen Gründen zu unterstützen, dies auch offen so aussprechen, statt mit der militärischen Scheindemokratie zusammenzuarbeiten.

Türkische Journalisten, die kürzlich die USA besucht hatten, erzählten mir in der Türkei, das Pentagon würde gerne die „Schnelle Einsatztruppe“ in ihrem Land stationieren. Sie hörten auch das folgende Argument: „Das ist kein für einen türkischen Demokraten besonders tröstlicher Ausblick- und auch nicht für Demokraten in Griechenland, Portugal oder Spanien.“ (International Herald Tribune 16. Dez. 1981)

POLITISCHES LEBEN

„DER ENTWURF EINER NEUEN VERFASSUNG“

Der Oberste Militärerrat, zusammengesetzt aus Kommandeuren von Streitkräften zu Land, Luft, See und der Gendarmerie, hielten unter dem Vorsitz von General Evren ein außerordentliches Treffen ab. Der Rat durchdachte die internationale und die innere Lage sowie auch einige militärische Probleme. (M-2.12)

General Evren empfing den Vorsitzenden des „Komitees“, das den Entwurf einer Verfassung vorlegen soll, wie es die Beratende Versammlung zwischen General Evren und Prof. Orhan Aldikacti wurden keine Einzelheiten bekannt. (M- 5.12)

Die gesellschaftliche Zusammensetzung der Mitglieder der Beratenden Versammlung, die vom Nationalen Sicherheitsrat benannt worden sind, ist wie folgt:

Kategorie	Anzahl	(%)
Arbeiter	—	—
Bauer	—	—
Gewerkschaftler	2	1,25
Journalisten	1	0,63
Künstler	1	0,63
Freie Berufe	15	9,37
Generäle u. Offiziere im Ruhestand	22	13,75
Geschäftsmann/ Manager	17	10,62
Hoher Beamter/ Univers. Mitgl.	102	63,75
Insgesamt	160	100 %

Die Zusammensetzung des 15 Mitglieder zählenden Komitees für den Entwurf einer Verfassung:

- Vorsitzender Orhan Aldikacti (ein Rechtswissenschaftler, der die Verfassung des „Türkischen Bundesland (es) Zypern entworfen hat,
- Tefvik Fikret Alparslan (Armeegeneral in Ruhestand, Kommandeur während der türkischen Militärintervention auf Zypern)
- Ihsan Göknel (Armeegeneral in Ruhestand, der im NATO- und CENTO-Hauptquartier tätig war)
- Feridun Ergin (Ökonomieprofessor, als Gouverneur bei IMF tätig gewesen)
- Rafet Ibrahimoglu (Geschäftsmann, Sekretär des Türk. Arbeitgeberverbandes)

Unter den Mitgliedern des Komitees sind ferner 4 Jura-Professoren, 1 Medizin-Professor, 1 Ökonomie-Professor, 1 Professor des Ingenieurwesens, 1 hoher Beamter und 2 hohe Richter. (H-8.12)

Der Vorsitzende der Beratenden Versammlung, Prof. Sadi Irmak, wandte sich an ein in Bonn organisiertes Symposium über „Kemalismus“ mit folgenden Worten: „Unser neues Regime wird 2 Hauptelemente vereinigen: Es wird demokratisch sein und es wird sich auf kemalistische Weltanschauung gründen.“ (H-15.12)

Einige Vorschläge, die dem Komitee von Mitgliedern der Beratenden Versammlung unterbreitet wurden:

- Kemal Karhan: „Die vom Nationalen Sicherheitsrat ratifizierten Gesetze sollen als Ausgangspunkt der neuen Verfassung benutzt werden.“ (M-17.12)
- Muhsin Zekai Bayar: „Wir sollten ein Zwei-Parteien-System übernehmen.“ (T-21.12)
- Fuat Azgür: „Der Staatschef sollte unmittelbar vom Volk gewählt werden. Ein Republikanischer Rat sollte geschaffen werden unter dem Vorsitz des Staatschefs, und er sollte ohne gerichtliche Kontrolle arbeiten können.“ (M-24.12)

REGIERUNG UMGEBILDET

Die von den Militärs gestützte türkische Regierung ist umgebildet worden, nachdem 4 Minister zurücktraten; für sie wurden neue ernannt. Es handelt sich um die Minister für Zölle und Monopole, Gesundheit, Industrie und Energie und Rohstoffe. Obwohl der Ankündigung des Premierministers zufolge der Staatschef Gen. Evren „Die Rücktritte der 4 Minister entgegengenommen hatte“, sagten die Betroffenen selber, sie seien von dieser Entscheidung überrascht gewesen.“ (IHT-23.12)

MILITARISIERUNG VON STADTVERWALTUNGEN

Der in der Stadt Gönen zurückgetretene Bürgermeister wurde durch einen in den Ruhestand getretenen Oberstleutnant, Necmettin Bagci, ersetzt (H-9.12)

Der Nationale Sicherheitsrat ratifizierte ein neues Gesetz über die Zentralisierung von Stadtbezirken. Demzufolge sollten alle Kleinstädte in der Umgebung von Großstädten mit über 300 000 Einwohnern mit zentralen Stadtbezirken verbunden werden. (H-9.12)

FREILASSUNG VON FASCHISTISCHEN POLITIKERN

Der Vizepräsident der MHP, Agah Oktay Günter, wurde vom Militärgerichtshof in Ankara 2 freigelassen, 1) nach Beendigung seines Verhörs. Im Verlauf des Verhörs sagte der zweitwichtigste Mann der MHP, selbst angeklagt, vor der Machtübernahme durch die Militärs politischen Terror von Rechts wegen organisiert zu haben: „Die sieben grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen, die von den neuen Machthabern getroffen worden sind, wurden in Wahrheit von uns formuliert. Während unsere Ideen an die Macht gelangt sind, werden wir gefangen gehalten.“ Auf Grund dieser Angaben beschloß das Gericht, ihn freizulassen. (T-2.12)

Während des Verhörs der MHP sagte einer seiner wichtigsten Leute, Somuncuoglu: „Wir werden angeklagt, die Ideen zu verfechten, die Schädelumfänge von Bürgern zu messen, um ihre Rasse bestimmen zu können. Es ist aber eine Tatsache, daß Atatürk selber auch Schädel gemessen hat. Im Anitkabir (=A.Mausoleum) ist bei seinem persönlichen Besitz auch ein Zirkel, der als Meßinstrument für Schädel verwendet wurde.“ (C-2.12)

Somuncuoglu behauptet weiter, daß das Emblem des Grauen Wolfes von der „Nationalen Türkischen Studentenvereinigung auf Weisung von Atatürk verwendet worden ist.“ (T-26.12)

Im Anschluß an Güner wurden noch einige andere MHP-Führer vom Militärgericht freigelassen: Ahmet Er, Nevzat Köseoglu, Ömer Cakiroglu, Tasin Ünal, Avni Carsancakli, Tahir Akyol und Cengiz Gökcek. /Türk. Presse vom 2., 10., 12., 16. Dez. 81)

PERSONENKULT

Bei der feierlichen Enthüllung einer Atatürk-Statue in Kirikkale sagte General Evren, daß manche Leute – diejenigen nämlich, die am liebsten sähen, wenn Atatürk vergessen würde – die Tatsache, daß so viele Atatürk-Statuen errichtet würden, kritisieren und stattdessen das Geld lieber für bessere Zwecke verwendet sehen würden“. Evren sagte, die Idee, mit der Errichtung von Atatürk-Statuen zu warten, bis alle innertürkischen Entwicklungsprobleme beseitigt wären, würde bedeuten, daß niemals derartige Statuen errichten würden, und: „Wir müssen auf der einen Seite weiterentwickeln und andererseits die Erinnerung an Atatürk lebendig halten.“ (DN-29.12)

EINE KURZE NACHRICHT

Der Stadtrat von Istanbul hat beschlossen, Hüriyet Meydani, den „Freiheitsplatz“, in Beyazit Meydani zurückzubenennen. Platz der Freiheit ist er nach dem Widerstand der Studenten gegen das unterdrückende Menderes-Regime im Jahre 1960 genannt worden. (M-27.12)

STAATSTERROR

Der Prozeß gegen DISK

Der Prozeß gegen den Präsidenten der Föderation der Fortschrittlichen Gewerkschaften der Türkei (DISK) und seine 51 Kollegen begann am 24. Dezember in Istanbul. Alle Angeklagten werden beschuldigt, die verfassungsmäßige Ordnung mit revolutionären Mitteln umstürzen zu wollen. Ihnen allen drohen sehr hohe Strafen.

Der 2. Militärgerichtshof in Istanbul beschloß die Anwendung von „Kriegsbedingungen“ bei dem Verfahren, was bedeutet, daß keine Urteile unter 15 Jahren ausgesprochen werden dürfen. Außerdem dürfen alle Angeklagten nur einen Rechtsanwalt haben. Daraufhin haben 70 Verteidiger die Atatürk-Sporthalle, in der die Gerichtsverhandlungen stattfinden, verlassen, um auf diese Weise ihren Protest gegen die Beschränkung des Rechts auf Verteidigung auszudrücken. (Türk. Presse vom 25.12.)

– Der Demokratische Französische Arbeiterbund (CFTD) fordert, bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte, nötige Schritte gegen die türkische Regierung zu unternehmen. (Le Drapeau Rouge, 26.12)

– 30 von 52 DISK-Angeklagten brachten Beschwerden vor wegen Folterungen, jedoch wurden ihre Beurkundungen nicht mit in die Protokolle aufgenommen! Herr Bastürk, Vorsitzender von DISK, erklärte, er sei während seiner Befragung mehrfach auf den Kopf geschlagen worden. (Sunday Times, 27.12.1981)

– Drei Rechtsanwälte, K.N. Dahl aus Norwegen, F. Paulsen aus Dänemark und Frau A. Lagostena Bassi aus Italien, die im Auftrage des Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften ICFTU und des Europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC den Prozeß beobachteten, haben gerade die Prozeßeröffnung sowie die ersten Sitzungen miterlebt. Sie bezeugen ernsthafte Vorfälle bei Prozeßbeginn, und sie drückten ihren Unmut aus bezüglich der Einschränkung des Rechtes auf Verteidigung. Die beiden Gewerkschaften werden weiter an der Hauptsitzung des Prozesses teilnehmen, der sich vermutlich noch über einige Wochen oder Monate erstrecken wird. (Pressemittelung vom 29.12.)

– Frankreich brachte am 29. Dezember eine „sehr große Besorgnis“ zum Ausdruck wegen des Prozesses gegen 52 türkische Gewerkschafter. Aus diesem Grunde wurde der türkische Botschaftsattache in den Quai d'Orsay eingeladen. (Le Monde, 31.12.1981)

– EIN ALARMIERENDER BERICHT ÜBER DEN PROZESS GEGEN TÜRKISCHE GEWERKSCHAFTER: Zwei Rechtsanwälte, Herr Weyl, Vertreter der Int. Vereinigung Demokratischer Rechtsanwälte, und Herr van Droogenbroeck, beauftragt vom Int. Gewerkschaftsbund, haben gestern in Brüssel eine Erklärung abgegeben zu ihrem Auftrag in der Türkei, wo sie am Prozeß gegen die DISK-Vorsitzenden teilnahmen. (La Cite, 15.12.1981)

EIN SCHAUPROZESS: Nach der Aussage von Herrn Weyl wird dem Prozeß gegen die DISK-Gewerkschaftsführer noch ein weiterer folgen gegen seine Mitglieder und Aktiven, von denen etwa 2000 gefangengenommen worden seien. (Le Soir, 31.12.)

Weitere neue Prozesse beginnen gegen:

– Die revolutionäre DEV-YOL: 800 Personen, 120 Höchststrafen gefordert in Erzurum am 1. Dezember; gegen 18 Menschen, 9 Höchststrafen in Izmir am 29. Dezember gefordert;

– die kurdische Organisation KAWA: 169 Menschen, 16 Forderungen nach Höchststrafen in Erzincan am 23. Dezember,

– die revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TKP): 36 Leute, am 2. Dez. in Ankara,

– die Revolutionäre Linke DEV-SOL: 11 Menschen am 18. Dez. in Ankara,

– die Kommunistische Partei der Türkei (TKP): 230 Angeklagte in Gölcük am 15. Dezember,

– Verschiedene politisch links orientierte Gruppen: 30 Personen, 4 mal Forderung nach Höchststrafen in Adana am 8. Dez.; 115 Personen in Elazig am 9. Dezember,

– die Rechten: 154 Angeklagte mit 24 maliger Forderung auf Höchststrafen in Konya am 9. Dezember; 2 Forderungen auf Höchststrafe in Izmir am 23. Dezember; 21 Angeklagte mit 12 beantragten Todesurteilen in Ankara am 24. Dezember.

Urteile:

- TKP-ML: 5 mal Gefängnisstrafen in Izmir, 1. Dezember
- Dev-Sol: 14 verhängte Gefängnisstrafen in Gölcük am 1. Dezember
- Iscinin Sesi (Stimme des Arbeiters): 7 mal Gefängnis am 1. Dez. in Izmir
- 8 Angehörige verschiedener linker Gruppierungen am 21. Dez. in Ankara zu Gefängnisstrafen
- TÖB-DER (Lehrer-Organisation): 50 Mitglieder zu Gefängnisstrafen in Ankara am 25. Dezember.

Ende 1981 belief sich die Gesamtzahl der Forderungen auf Todesurteile auf 3026, wobei sich die Forderungen auf folgende Gruppen bezogen:

DISK 52, DEV-YOL 769, DEV-SOL 221, PKK 448, THKP/C 130, TKP/ML 173, TIKB 24, KURTULUS 44, KAWA 72, SGB 2, ISCININ SESI 18 RIZGARI u. ALARIZGARI 13, TEKOSIN 11, TKEP 5, THKO 6, RECHTE GRUPPEN insges. 546.

Seit der Machtübernahme durch die Militärs haben die Militärgerichte 70 Todesurteile ausgesprochen, von denen 25 durch den Obersten Gerichtshof bestätigt wurden. 14 Urteile wurden vom NSC aufgeschoben, 10 wurden ausgeführt. Der Militärgerichtshof in Cassation hat 18 Todesurteile außer Kraft gesetzt; 27 Fälle werden noch überprüft. (C-22.12.)

Prozesse gegen bekannte Persönlichkeiten:

– Der frühere türkische Premierminister Bülent Ecevit begann seine 4 monatige Haftstrafe im Ankara'er Staatsgefängnis. Er wurde verurteilt, weil er eine Rede General Evrens kritisiert hatte, in der dieser ehemalige Parteivorsitzende anklagte. (C-4.12)

Die 3. Abt. des Militärgerichtshofes in Cassation beschloß die Herabsetzung der Haftstrafe auf 3 Monate; entsprechend wird Ecevit am 1. Februar 1982 wieder auf freien Fuß gesetzt. (M-25.12)

– 3 ehemalige Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei CHP, Ertugrul Günay, Celal Dogan und Imadettin Elmas werden vor dem 2. Militärgericht in Konya verurteilt; die Anklage lautet auf Benutzung von Feuerwaffen bei der Verteidigung von Ecevit gegen rechte Militante bei der Beerdigung eines Partei-Bezirksvorsitzenden in Nevsehir im Jahre 1980. (C-15.12)

Menschenjagd:

– Cebraail Dinc, Mitglied der MSLPB, wurde am 4. Dez. in Istanbul erschossen.

– Im Distrikt Ovacik in der Provinz Tunceli wurden 2 Mitglieder der TKP-ML, Veysel Uyar und Erdogan Tekin, erschossen; ein Offizier und ein Soldat starben auch (am 7. Dez.). In derselben Provinz wurde in der Gegend von KUSDIBI, Murat Yüksel, ein militanter Linker, am 10. Dezember erschossen.

Folterungen:

- Bei dem Prozeß gegen die DEV-YOL in Erzurum verweigerten einige Angeklagte die Beantwortung von Fragen zur eigenen Person, um so gegen die Folterungen zu protestieren, denen sie während ihrer Haft unterzogen wurden. (C-2.12)
- 216 politische Häftlinge im Militärgefängnis von Elazig revoltierten am 1. November 1981 gegen Folterung und schlechte Behandlung. (C-10.12)
- Zwei Hauptamtliche der kommunalen Konsumgenossenschaft, die wegen Propaganda für den Kommunismus angeklagt sind – sie veränderten die Buchstaben C und S in ihrer Bezeichnung in eine Sichel – bestätigten vor dem 2. Militärgericht in Ankara, daß sie während der vorangegangenen Verhöre gefoltert worden seien. (C-9.12)
- Der Militärgerichtshof in Cassation hob ein Urteil über 36 Jahre Gefängnisstrafe wieder auf, das vom 3. Militärgericht in Istanbul verhängt worden ist, weil die Aussagen des Angeklagten unter Druck zustande gekommen waren.
- Enthüllungen über Folter, die von der Monatszeitschrift Devrimci Isci im Januar 1981 veröffentlicht wurden:
 - o In Izmir starb Metin Sertbulut, Mitglied der Dev-Yol, an den Folgen von Folterungen.
 - o In Istanbul wurde Ataman Ince bei der Folter getötet; seine Familie wurde am 10. November 1981 davon in Kenntnis gesetzt.
 - o In Istanbul wurde ein militantes Mitglied von Devrimci Kurtulus, Nurettin, zu Tode gefoltert, und zwar in der politischen Abteilung des Istanbul Polizeipräsidiums.
 - o Am 8. November 1981 wurde eine junge Frau, Ayse Filiz Özdeger, von einem Polizeitrupp ins Krankenhaus gebracht. Der Arztbericht ergab, daß sie gelähmt ist in Folge von Folterungen im Polizeipräsidium.
- Hüseyin Yildirim, ein kurdischer Rechtsanwalt, ist vor 12 Wochen in Diyarbakir festgenommen worden. Seine Verwandten machen sich Sorgen wegen seines Gesundheitszustandes. Er war der einzige Verteidiger der 2 000 Mitglieder der kurdischen Organisation PKK, von der 447 noch im Militärgerichtshof von Diyarbakir vor Gericht stehen. Viele der Angeklagten berichteten von Folterungen. (Presse-Erklärung von „Amnestie International“ vom 15.12.1981)

REPRESSIONEN IM AUSLAND

- Im Bundesausschuß für Innere Angelegenheiten in der Bundesrepublik forderten einige Abgeordnete den Ausschluß „extremer“ türkischer Organisationen aus Deutschland. (M-5.12)
- Entsprechend einem neuen Abkommen zwischen türkischen und deutschen Behörden wird die deutsche Bundesregierung militante Türken, die wegen „terroristischer“ Betätigung gesucht werden und einen Asylantrag aus politischen Gründen stellen, zurückschicken. Nur diejenigen, für die Höchststrafen beantragt worden sind, werden in Deutschland gelassen und vor ein deutsches Gericht gestellt. Ihre Zahl wird auf 20 geschätzt. (M-8.12.)

– Der Ministerrat hat entschieden, 71 türkische Staatsbürger des Landes zu verweisen. (T-10.12.)

– Die Grauen Wölfe haben in Mainz und Peine militante Kurden angegriffen. Sie töteten Nezir Seker, Mitglied der kurdischen Organisation KKDK, und verletzten am 26/27. November zwei weitere Mitglieder derselben Organisation. (Pressemitteilung der kurdischen Organisation TEKOSEK vom 10.12.)

– Vier Menschen überquerten die türkisch-griechische Grenze, indem sie den Fluß Meric durchschwammen; sie baten um politisches Asyl. Ein anderer etwa 25 Jahre alter Türke ist im Fluß erfroren. (M 13.12.)

– Die Berliner Stadtverwaltung hat beschlossen, die Sozialhilfe für politische Asylanten zu reduzieren; etwa 15 000 Asyl-Antragsteller, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen haben, werden vom 10. Januar an statt bislang 270 DM nur noch 50 DM monatlich erhalten. (M-19.12)

– Ein militantes DEV-SOL-Mitglied, Muharrem Mirascioglu, der in einem Belgrader Gefängnis war, hat versucht, sich durch Aufschneiden der Pulsschlagadern das Leben zu nehmen. (M-19.12.)

– Der Nationale Sicherheitsrat hat ein neues Informationsnetz aufgebaut, um kontinuierlich informiert zu sein über die Aktivitäten der Regimegegner im Ausland. (T-22.12.)

PRESSE / KULTURELLES LEBEN

– Die Situation der Journalisten in der Türkei ist Gegenstand eines erneuten Protestes des Internationalen Journalistenbundes. In einer an Gen. Evren gesandten Botschaft sagt der FIJ: „Es ist sehr schwierig für uns, die Gründe zu verstehen, aus denen zahlreiche (über 100) beim Radio und Fernsehen beschäftigte Journalisten versetzt worden sind an Planstellen, die nichts mit dem Journalistenberuf zu tun haben. (FIJ, En Ligne Directe – Dez. 1981)

– Der bekannte Filmschauspieler und Filmemacher Yilmaz Güney wurde vom 6. Kriminalgericht Istanbul zu einer 7 1/2-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt wegen seines 1979 erschienenen Buches „Über den Faschismus“ (T-3.12.)

– Verfolgung von Hüseyin Acuntas, Herausgeber der Rundschau „Evrensel Dostluk“, weil er das Communiqué 52 des Nationalen Sicherheitsrates verletzt haben soll. Gegen ihn wird im Militärgerichtshof von Ankara der Prozeß geführt. (C-1.12.)

– Erneute Verfolgung von Nazli Ilıcak und Aydogdu Ilter von der Tageszeitung „Tercüman“, wobei 6 Monate Gefängnis gefordert werden. In einer anderen Sache gegen Herrn Ilter lautet die Forderung der Anklage auf 2 Jahre Gefängnis. Der Prozeß wird im Militärgericht von Istanbul geführt. (T-4.12.)

– Mehmet Özdemir wurde vom Militärgericht in Gölcük wegen kommunistischer Aktivitäten zu einer fünfjährigen Strafe verurteilt. (C-4.12)

– Der Schauspieler Tarik Akan wurde vor dem 3. Militärgericht in Istanbul verhört wegen seiner Rede, die er

in Deutschland gehalten und in der er die Filmzensur kritisiert hatte. Der Militärankläger beantragte eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Jahren und 8 Monaten. (C-10.12.)

– Die Erzählerin Adalet Agaoglu wurde im 3. Militärgerichtshof von Istanbul verhört wegen ihrer Novelle „Die zarte Rose meiner Sehnsucht“.

– Isik Yurtcu, Herausgeber der geächteten Tageszeitung „Demokrat“, wurde vom Presse-Gericht in Istanbul zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt wegen der Berichterstattung über den Widerstand der Arbeiter im Jahre 1980. (C-10.12.)

– Metin Culhaoglu und Ilhan Akalin, verantwortlich für die monatliche Rundschau „Sosyalist Iktidar“, wurden jeder zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie vor dem ‚Coup‘ marxistische Artikel veröffentlicht hatten. (IHT-16.12)

– Eine Verurteilung zu 9 Monaten Gefängnis für Frau Nazli Ilicak, Herausgeberin der Tageszeitung „Tercüman“, wurde vom Gericht in Cassation bestätigt. Sie war verurteilt worden, weil sie eine Entscheidung des Staatsrates kritisiert hatte. (T-17.12.)

– Filmemacher Yilmaz Güney wurde in Abwesenheit in Istanbul verurteilt, weil er in einem Interview mit einer Wochenzeitung „Yeni Güney“ Propaganda für den Kommunismus gemacht haben soll. (M-20.12)

– Der Gerichtshof in Cassation bestätigte das Urteil gegen Ali Bahadır, Herausgeber der Zeitung „Uyanis“. Als er bereits im Gefängnis war wegen eines Artikels, den er in seiner Zeitung veröffentlicht hatte, wurde er von einem kriminellen Häftling beschuldigt, heimlich Texte geschrieben zu haben, die die türkische Armee beleidigen. Der Militärgerichtshof von Gölcük sprach ihn in einer einzigen Sitzung schuldig. (2 Jahre). (C-24.12.)

– Ali Habab Özgentürk, Filmemacher, ist in Selimiye seit dem 1. Dezember 1981 in Haft; er wurde während der Montagearbeiten an seinem letzten Film „Pferd“ verhaftet. Özgentürk hat viele Preise bei internationalen Filmfestspielen erhalten für seinen Film „Hazal“. (C-29.12.)

DRUCK AUF UNIVERSITÄTEN

Der Text des „Gesetz(es) über die Höhere Bildung“ (YÖK) wurde öffentlich verkündet; hier in Kürze die Gesetzbestimmungen:

– Die Bildung des Rates für Höhere Bildung (YÖK), der aus 25 Mitgliedern besteht, von denen 8 vom Regierungschef bestimmt werden, 6 vom Ministerrat, 8 von Universitäten, 2 vom Ministerium für Nationale Erziehung und darüber hinaus noch einer vom Generalstab. Dieser Rat hat die gesamte Macht über die Verwaltung und Gesetzgebung sämtlicher Universitäten inne. General Evren bestimmte Prof. Ihsan Dogramaci als ersten Präsidenten des YÖK.

– Die Fakultäts- und Universitätsausschüsse werden nicht mehr repräsentativ sein für die Gesamtuniversität, da nur noch einige der Professoren ein Stimmrecht darin haben. Außerdem haben diese Ausschüsse lediglich eine beratende Funktion, also einen symbolischen Wert. Alle Macht wird dem YÖK gehören.

– Die Universitätsrektoren werden vom Regierungschef bestimmt, der von 4 vom YÖK vorgeschlagenen Kandidaten einen auswählt. Dieser Rektor kann auch von außerhalb der Universität gewählt werden. Die Dekane wählt der YÖK aus von drei Kandidaten, die der Rektor vorgeschlagen hat. Ihre Macht soll begrenzt sein auf administrative Funktionen, die der YÖK festgesetzt hat, der insgesamt die Verwaltungs-, Finanz- und politische Richtung der Universität bestimmt.

– Die Universitätsmitglieder und die Studenten haben nicht mehr das Recht auf Mitgliedschaft in politischen Parteien (falls die bürgerliche Ordnung wiederhergestellt wird).

– Dieses antidemokratische Gesetz hat schon heftige Kritik verursacht in Studentenkreisen; so protestierten 400 Mitglieder der Universität von Istanbul (170 Professoren und 272 Assistenz-Prof. darunter) – (C-5.12)

UNTERDRÜCKUNG IM LANDE SELBER

– Prozeß gegen 197 Mitglieder der kurdischen Organisation KAWA hat beim 2. Militärgerichtshof in Diyarbakir begonnen, der Militärische Ankläger forderte 16 Todesurteile (M-3.12.)

– Der Militärische Ankläger eröffnete den Prozeß gegen 136 Mitglieder der Organisation PKK und beantragte für 38 von ihnen das Todesurteil. (H-5.12.)

– Dr. Tarik Ziya Ekinci, ein früheres Parlamentsmitglied, wurde wegen „separatistischer Propaganda“ vom Militärgerichtshof in Ankara zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (C-12.12.)

– Eine neue Gerichtsverhandlung gegen 44 KAWA-Mitglieder: ihr Prozeß beginnt beim 2. Militärgerichtshof des 9. Armee-Corps in Erzurum, wobei für jeden von ihnen eine Gefängnisstrafe von 24 Jahren gefordert wird. (M-19.12.)

GESELLSCHAFTLICHES LEBEN

– Die türkische Militärregierung beabsichtigt, die bestehenden Veteidigungsausgaben, die 19 % der Gesamtausgaben ausmachen, beizubehalten, jedoch einige Investitionsprojekte zurückzuschrauben, wie es der Haushaltsentwurf für 1982 vorsieht. Die TUSAS (Flugzeug-Industrie Comp.), beabsichtigt, mit Spendengeldern der Bevölkerung zur Verstärkung der türkischen Luftwaffe mit General Dynamics oder Northrop einen Vertrag abzuschließen, um die F-16 oder F-5 herstellen zu können.

– Die amerikanische Rundschau „Leaders“ veröffentlichte ein Interview mit General Evren mit seinem Foto auf der Titelseite. Er sagte dort: „Die Türkei bietet beispiellose Möglichkeiten für ausländisches Kapital. Sie ist sehr nahe an den Märkten, teilt mit den Ländern des mitt-

leren Ostens dieselbe Religion, hat ein sehr gut ausgebildetes und hart arbeitendes Volk, besitzt ein mildes Klima und ist sehr reich an Naturvorkommen. Aus all diesen Gründen kann die Türkei eine ideale Basis sein für Gesellschaftskreise im mittleren Osten." (H-4.12)

– Als die Regierung letzten Monat Maßnahmen ergriff, die ein bißchen Ordnung im Finanzgeschäft wiederherstellen sollten, da machte sich Panik breit. Einige der kleinen „Geldhändler“, in Wirklichkeit Ein-Mann-Banken, die Einzahlungen entgegennehmen und Anleihen machten, konnten den neuen Anforderungen nicht entsprechen und flohen oder erklärten Bankrott. (H-23.12.) Das Büro von „Geldhändler“ Yalcin Dogan wurde von wütenden Kunden in Brand gesetzt, denen er das Geld nicht zur gewünschten Zeit auszahlen konnte. Ein anderer floh ins Ausland. (T-24.12.)

– 33 „Piraten“ – Geldhändler aus Istanbul und Ankara sind auf der Flucht, wenigstens 10 sind gefangen genommen worden und 4 stehen unter polizeilichen Nachforschungen. Es gibt etwa 1000 Geldhändler in der Türkei, aber nur 80 bis 100 hält das Finanzministerium für vertrauenswürdig.

– Der Arbeiter Ismail Mertoglu hat Selbstmord begangen, als sein „Geldhändler“ ihm letzten Monat nicht sein Kapital von etwa 1 000 000 TL, etwa 8 000 US-Dollar, zurückzahlen konnte. Der Vater von 3 Kindern hatte 8 Jahre lang in der Bundesrepublik und Libyen hart dafür gearbeitet. (H-29.12)

– In Ankara hat der Geldhändler Nurettin Yaman seinen Klienten Riza Memis erschossen, der gegen ihn Beschwerde vorgebracht hatte auf Wiedererstattung seines Vermögens von 467 000 TL (3 000 US-Dollar).

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

Türkei – Europa

– Auf ihrem Treffen in Brüssel haben die Außenminister der 10 Mitgliedsstaaten der EG die Lage in der Türkei zur Sprache gebracht. Bei dem vorangegangenen Treffen im November hatten sie angekündigt, daß die EG ihre Finanzhilfe an Ankara einstellen werde, falls nicht demokratische Verhältnisse wiederhergestellt und frühere Führer wie Ecevit wieder freigelassen würden. Tatsächlich hatte die EG das 4. Finanzprotokoll „eingefroren“, am 8. Dezember beschlossen die Minister, ihre Entscheidung über finanzielle Hilfe an Ankara noch einmal aufzuschieben. (AFP-8.12.)

– Der türkische Premierminister, Bülent Ulusu, kündigte am 7. Dezember an, daß seine Regierung alle Beziehungen zu den europäischen Ländern abbrechen würde, wenn sie der Türkei ihre Hilfe entzögen. „Niemand wünscht es, mit jemandem zusammenzuarbeiten, der nicht zur Zusammenarbeit bereit ist... Wenn der Türkei mit Ausschluß aus dem Europarat gedroht wird, dann wird die türkische Regierung den 1. Schritt tun und austreten“, sagte er. (UP-7.12.)

– Der Sprecher der Beratenden Versammlung, Prof. Sadi Irmak sagte nach seiner Rückkehr aus der BRD:

„Ich hörte im Ausland einige harte Stimmen über die Türkei. Es sollte doch nicht vergessen werden, daß die Türken die wirklichen Baumeister Europas sind. Sie sind es, die die Renaissance schufen. Sie verhalfen auch der Philosophie zur Emanzipation von den Verdunkelungen des Mittelalters. Ihr Europäer, wen schließt ihr da von der europäischen Gemeinschaft aus? (M-12.12.)

– Der Ausschluß für Rechtsfragen und politische Angelegenheiten hat beschlossen, am 7. Januar 1982 eine Abordnung in die Türkei zu entsenden. Das Europäische Parlament wird ihren Bericht bei seinem Treffen am 23. Januar diskutieren. (C-22.12)

TÜRKEI – USA

– Die AWACS-Flugkörper werden von 1985 an von dem Luftstützpunkt Konya in der Zentraltürkei aus starten. (M-3.12.)

– Die nuklear ausgerüsteten Streitkräfte in der Türkei haben 18 „Honest Tohns“ (Reichweite 40 km), 70 F-4 Flugzeuge (1120 km. Reichweite) und zahlreiche M-109 und M-110 Gewehre (18 – 20 km. Reichweite). (H-5.12.)

– Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger besichtigte die Türkei und sprach der türkischen Militärregierung die ‚Bewunderung‘ der Regierung Reagan aus. Er sprach der Türkei weitere Militärhilfe zu. Er fügte hinzu: „Die türkische Militärregierung hat unsere höchsten Erwartungen seit der Machtübernahme erfüllt. Wir bewundern besonders die Art und Weise, in der „law and order“ wiederhergestellt sind.“ (Frankfurter Rundschau – 7.12.)

– Die amerikanischen und türkischen Behörden kamen überein, einen „Gemeinsamen Verteidigungsrat“ ins Leben zu rufen, der damit beauftragt werden soll, die gemeinsamen militärischen Bedürfnisse genau zu bestimmen und Lösungen zu finden. (x) (M-5.12.) (x) Dieser Rat wird auch über den amerikanischen Beitrag zur Schaffung einer türkischen Rüstungsindustrie befinden.

– Wäre es mit den türkischen Interessen vereinbar, würden die türkischen Behörden sich nicht Plänen widersetzen, Basen für amerikanische Aufklärungsflugzeuge zur Verfügung zu stellen. (T-8.12.)

– Das US-Repräsentantenhaus billigte eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 300 Mill. umfassende Militärhilfe an die Türkei. (M-14.12.)

– Die Türkei und die USA werden 1982 ein Memorandum unterzeichnen, um die türkischen Militärflugplätze und andere Einrichtungen zu modernisieren. Wenigstens 15 Flugplätze werden „Zusammengelegte Einsatzbasen“ verwandelt, was die Möglichkeit des Startens der „Schnellen Einsatztruppe in der Umgegend des Golfes“ gewährleistet.

– Der US-Senat hat das Türkei-Hilfsprogramm ebenfalls gebilligt. (T-18.12.)

– „The Economist“ berichtet, im Falle von Spaniens Beitritt zur NATO würden die „Spanischen Landstreitkräfte in der Ost-Türkei ausgebildet.“ (T-19.12.)

EINWANDERUNG

- Die Bundesregierung bestimmte genauer ihre neue Einwanderungspolitik: Das Höchstalter der in der Türkei noch lebenden Kinder von eingewanderten Arbeitern, die sich in der BRD niederlassen möchten, ist von 18 auf 16 herabgesetzt. Falls einer der Elternteile hier nicht lebt, soll es das Kind auch nicht. Neu verheiratete Einwanderer dürfen ihre Ehepartner erst dann mit herüberbringen, wenn sie selber schon 8 Jahre hier wohnen. (M-3.12.)
- Mehr als 10000 nahmen in Westberlin an einer Protestdemonstration gegen die Senatsentscheidung bezüglich ausländischer Arbeiter teil. (H-3.12.)
- Eine türkische Frau, Elcin Kürsat, wurde in den Bezirksvorstand der SPD-Hannover gewählt. Daraufhin starteten einige Zeitungen eine Kampagne, die besagte: „Deutschland muß von Deutschen regiert werden.“ (H-6.12.)
- Einige Bierkneipen haben Schilder an ihre Wände gehängt: „Türken dürfen nicht länger als 15 Minuten hier bleiben“. (T-8.12.)
- Walter Beer von der IG Bergbau: „Wenn die Türken nicht in den Zechen gearbeitet hätten, wären alle Kohlebergwerke in Deutschland dichtgemacht worden.“ In der Tat, von 36.000 Bergarbeitern sind 27.500 aus der Türkei. (M-9.12.)
- „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.“ IAF, betonte auf einer Pressekonferenz ihren Protest gegen die neuen einwanderungsfeindlichen Entscheidungen. (H-9.12.)
- Die neue Entscheidung der Bundesregierung, das Alter junger Einwanderungswilliger zu begrenzen, steht im Widerspruch zur deutschen Verfassung, die die Einheit der Familie vorsieht. (M-10.12.)
- Neo-Nazis haben begonnen, deutsche Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind, zu bedrohen. (M-12.12)
- Ungefähr 3 000 türkische Jugendliche veranstalteten eine Demonstration, um gegen die Entscheidung des Berliner Senats zu protestieren. (T-18.12.)
- Der Bundespräsident empfing zum Zeichen seiner Mißbilligung der Ausländerpolitik in seinem Lande 10 türkische Familien. (T-19.12.)
- Die Regierung Österreichs hat auch die Zahl der ausländischen Arbeiter eingefroren. (H-20.12.)
- In Stuttgart explodierten 3 Bomben in türkischen Wohngebieten. (H-29.12.)
- In Neuhausen griffen 6 Jugendliche gegen Mitternacht die Wohnung einer türkischen Familie an. (H-30.12.)
- Nach Berlin haben nun auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, NRW, Niedersachsen, Saarland, Hessen, Bremen und Hamburg die Anwendung von Einwanderungsbeschränkungen beschlossen. (T-25.12.)

Erläuterung: C:Cumhuriyet, H:Hürriyet, T:Tercüman,
DN: The Turkish Daily News, G:Günaydin,
IHT: The International Herald Tribune